



Regierungsrat, 9102 Herisau

Büro des Kantonsrates

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 8. Mai 2025

Schriftliche Anfrage Werner Giezendanner, Teufen, und Roger Stutz, Teufen; Pfortneranlage Liebegg; Antwort des Regierungsrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 4. Februar 2025 haben die Kantonsräte Werner Giezendanner und Roger Stutz verschiedene Fragen bezüglich des Projekts Pfortneranlage Liebegg in Teufen gestellt. Diese betreffen die Haltung des Regierungsrates zum Projekt, nachdem die Schweizer Stimmbürgerschaft am 24. November 2024 den Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen abgelehnt hat.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungsrat hält fest, dass der Tunnel Liebegg nicht Bestandteil der eidgenössischen Abstimmung vom 24. November 2024 war. Wegen seiner räumlichen und verkehrlichen Verknüpfung mit dem Bundesprojekt 3. Röhre Rosenberg Tunnel und Zubringer Güterbahnhof musste die Planung am Liebeggtunnel allerdings ebenfalls gestoppt werden.

Die Herausforderungen im Verkehrsraum der Agglomerationen St. Gallen sind vielfältig und komplex. Die engen Verknüpfungen des städtischen und der beiden kantonalen Strassennetze mit der Nationalstrasse A1 führen zu den Hauptverkehrszeiten und bei Störungen zu einer unmittelbaren gegenseitigen Beeinträchtigung. Betroffen davon sind auch der öffentliche Nahverkehr sowie die Wohn- und Lebensqualität im bewohnten Gebiet. Diese Tatsache ist allen Verkehrsteilnehmenden der Region bekannt. Ohne Gegenmassnahmen werden die Stautunden in der Stadt St. Gallen zum Nachteil aller weiter zunehmen. Das ist nicht im Interesse von Appenzell Ausserrhoden. Die Verkehrslenkung muss angebotsorientiert erfolgen. Das heisst, dass sich die Planung und Umsetzung auf die heutigen Achsen und Kapazitäten und somit auf das bestehende Angebot beschränken muss.



Nach der Ablehnung der längerfristig vorgesehenen grossen Infrastrukturmassnahme 3. Röhre Rosenberg-tunnel mit dem Zubringer Güterbahnhof, verbleibt als Lösungsansatz ein gemeinsames Verkehrssystemmanagement, welches den Verkehr auf den Hauptachsen mit intelligenter Steuerung besser lenkt.

Zu den einzelnen Fragen

Antwort auf Frage 1

Wie steht der Regierungsrat nach dem Nein zum Tunnel Liebegg und der klaren Ablehnung der Stadt St. Gallen zum Projekt Pförtneranlage?

Der Regierungsrat bedauert, dass die Schweizer Stimmbürgerschaft den Ausbauschritt 2023 abgelehnt hat. Das Ergebnis in den einzelnen Gemeinden und Städten wertet er jedoch nicht. Der Regierungsrat hat in den Diskussionen der vergangenen Jahre immer festgehalten, dass ein funktionierender Verkehrsraum in und um das Agglomerationszentrum Stadt St. Gallen ein Vorteil für die Bevölkerung und die Unternehmen von Appenzell Ausserrhoden ist. Die eigene Reisezeit auf den Zufahrtsachsen ins Agglomerationszentrum für die Arbeits-, Einkaufs- und Freizeitwege soll trotz hoher Verkehrsbelastung berechenbar bleiben. Das ist ein Mehrwert für alle Verkehrsteilnehmenden. Daran hat sich auch mit der Ablehnung des Ausbauprojekts 3. Röhre Rosenberg-tunnel auf der A1 nichts geändert. Im Gegenteil, aus verkehrlicher Sicht ist ein Verkehrsmanagement und damit eine Steuerung des Verkehrs auf der Achse Teufen–St. Gallen noch bedeutender geworden.

Antwort auf Frage 2

Unterstützt der Regierungsrat das geplante Vorhaben weiterhin?

Der Regierungsrat unterstützt das Projekt für eine Dosieranlage in der Liebegg weiterhin. Die Wirtschaftsregion St. Gallen kann nur gemeinsam erfolgreich sein. Daher muss auch die Verkehrsproblematik gemeinsam angepackt werden. Die gemeinsamen Planungen zur Abstimmung von Siedlung und Verkehr erfolgen über das Agglomerationsprogramm St. Gallen-Bodensee. Diese Planungen sind hochkomplex und setzen eine grundsätzliche Solidarität unter den Trägerkantonen voraus. Alle Kantone und Gemeinden im Perimeter des Agglomerationsprogramms haben den Massnahmen zugestimmt.

Antwort auf Frage 3

Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die neuen Rahmenbedingungen – insbesondere das endgültige Aus des Tunnels Liebegg – analysiert werden müssen, zumal die Pförtneranlage ursprünglich als Übergangslösung gedacht war?

Die Grundzüge des Verkehrssystemmanagements in der Agglomeration St. Gallen wurden vor über 10 Jahren entwickelt. In der Zwischenzeit wurden Teile des Massnahmenpakets realisiert, andere sind in der Umsetzung und wieder andere sind in der Planung oder in Rechtsverfahren. Die seinerzeitigen Annahmen und Prognosen müssen für die weitere Umsetzung aktualisiert werden. Der Verkehr nahm etwas weniger zu als prognostiziert. Zudem erfolgte durch die Pandemie ein zwischenzeitlicher Rückgang der Verkehrsmengen. Der Regierungsrat hat bereits früher festgehalten, dass auch nach der Inbetriebnahme von grossen Infrastrukturbauten weiterhin ein angepasstes Verkehrsmanagement nötig bleiben wird. Die Inbetriebnahme von grossen Infrastrukturbauten



ist indes mit der Abstimmung vom 24. November 2024 in weite Ferne gerückt. Die Verkehrsplanung muss sich daher auf Verbesserungen auf der bestehenden Infrastruktur fokussieren und den Verkehrsfluss so optimieren, dass möglichst viel Verkehr in möglichst kurzer Zeit bewältigt werden kann. Wenn es der Gesellschaft gelingt, den Strassenverkehr zu reduzieren, wird die Notwendigkeit von Eingriffen kleiner. Die aktuellen Verkehrszahlen zeigen dies allerdings nicht.

Antwort auf Frage 4

Wann ist mit einem Entscheid des Obergerichts zu rechnen?

Das Obergericht hat mit Urteil vom 27. Februar 2025 über die Beschwerde entschieden. Auf die Beschwerde wurde mangels Legitimation nicht eingetreten. Der Beschluss des Obergerichts wurde mit Beschwerde ans Bundesgericht weitergezogen. Der Entscheid des Bundesgerichts ist ausstehend.

Antwort auf Frage 5

Welche nächsten Schritte plant der Regierungsrat in der Sache Pförtneranlage Liebegg?

Das Projekt Dossieranlage Liebegg ist Bestandteil der Leistungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Trägerkantonen zum Agglomerationsprogramm St. Gallen-Bodensee der 2. Generation. Die Umsetzung soll bis Ende 2027 erfolgen. Der Kanton Appenzell Ausserrhoden als Mitglied der Trägerschaft des Agglomerationsprogramms hat die entsprechende Leistungsvereinbarung unterzeichnet. Der Regierungsrat will seinen eingegangenen Verpflichtungen nachkommen. Das entspricht auch dem Verständnis des Regierungsrates einer fruchtbaren, verlässlichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Mit der Rechtskraft des Projekts für eine Dossieranlage in der Liebegg werden die Ausführungsplanung, die Arbeitsausschreibungen und die bauliche Umsetzung angegangen. Wichtig dabei ist die Koordination mit dem separaten Projekt zur Verbesserung der Veloführung zwischen Teufen und der Stadt St. Gallen. Der genaue Zeitplan ist noch nicht bestimmt.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber